

1 **Antrag für die Mitgliederversammlung der Kölner Grünen am 20.10.2014**

2 **Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:**

3 **Manifest**

4 **gegen Wahlmüdigkeit und Parteienverdrossenheit**

5 PRÄAMBEL

6

7 Die Wahlergebnisse dieses Jahr in Köln und anderswo sind ein Weckruf für alle  
8 Demokrat(inn)en. Wenn weniger als die Hälfte bei Europa-, Landtags- und  
9 Kommunalwahlen ihre Stimme abgeben, stellt das die Legitimität unseres politischen  
10 Systems auf Dauer in Frage. Wir dürfen diese anderen 50% nicht aufgeben, müssen ihre  
11 Kritik anhören und ihre Beweggründe ernst nehmen.

12

13 Wir müssen jedem, unabhängig von Alter, Einkommen, Bildungsstand, Herkunft, sozialem  
14 Status, Geschlecht oder religiöser Überzeugung gleichermaßen eine Stimme geben, wie es  
15 unsere repräsentative Demokratie eigentlich auch vorsieht. Wir müssen den Wähler(inne)n  
16 stärker vertrauen, die richtigen Entscheidungen zu fällen und ihnen dafür mehr  
17 Möglichkeiten geben. Jede(r) muss wieder das Gefühl haben, dass seine/ihre Stimme zählt  
18 und auch wirklich gezählt wird und genauso viel wiegt, wie die Stimme von Lobbyisten.

19

20 Wir sollten unsere Unterschiedlichkeit als Parteien auch nicht verstecken, damit die  
21 Menschen bei Wahlen klare Alternativen haben. Politik muss Hoffnung geben und auch  
22 weitgehende Veränderung ermöglichen. Wir müssen als Gesellschaft zusammenhalten  
23 und dürfen niemanden zurücklassen. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit dürfen nicht nur  
24 auf dem Papier stehen.

25

26 Nicht zuletzt müssen wir auch uns selbst als Politiker(innen) fragen, was wir falsch  
27 gemacht haben und wieso die Kluft zwischen Regierenden und Regierten immer größer  
28 geworden ist. Ob wir uns durch unsere Ausdrucksweise, unsere Entscheidungen (teils in  
29 eigener Sache) und unser öffentliches Auftreten vom Volk entfernt haben. Ob wir wirklich  
30 alles getan haben, um unsere Arbeit transparent zu gestalten, finanzielle Verflechtungen  
31 offenzulegen, Abhängigkeitsverhältnisse, Interessenkonflikte und den Verdacht der  
32 Selbstbereicherung zu vermeiden.

33 Deshalb schlagen wir Grüne, in Verantwortung vor allen in Deutschland lebenden  
34 Menschen und in vollem Bewusstsein der Lehren aus unserer Geschichte einen  
35 umfassenden Maßnahmenkatalog vor, um Parteienverdrossenheit abzubauen und die  
36 Beteiligung an Wahlen zu erhöhen.

37 Dieses Dokument soll als Grundlage dienen, um eine innerparteiliche und öffentliche  
38 Diskussion in Gang zu bringen.

39

40 **TECHNISCHE ANSÄTZE:**

41

42 1. ZUSAMMENLEGUNG VON WAHLEN

43

44 Wir wollen **Kommunal- und Landtagswahlen möglichst immer mit Bundestagswahlen**  
45 **zusammenlegen!** Keine andere Maßnahme hat einen stärkeren Effekt auf die Zunahme  
46 der Wahlbeteiligung.

47

48 Historisch betrachtet sorgte dies, zum Beispiel bei der Kommunalwahl 1994 in Köln, für  
49 eine um ca. 25% höhere Wahlbeteiligung als bei den Wahlen vorher bzw. nachher.

50

51 Kommunal- und Landtagswahlen zusammenzulegen ist aus unserer Sicht ebenfalls  
52 wünschenswert, hat auch einen Effekt - aber keinen annähernd so deutlichen. Kommunal-  
53 und Europawahlen zusammenzulegen hat kaum wechselseitige Effekte, schadet aber  
54 auch nicht.

55

## 56 2. BRIEFWAHL

57

58 Wir schlagen, zusätzlich zu den klassischen Wahllokalen, ein **automatisches Zuschicken**  
59 **der tatsächlichen Wahlscheine an alle Wahlberechtigten** vor, nicht nur wie bisher auf  
60 Antrag!

61

62 Damit zollen wir einem beständigen Trend Rechnung: Denn die Briefwahl in Deutschland  
63 wird immer populärer. Bei der Bundestagswahl 2013 wurden fast 28%, bei der  
64 Kommunalwahl dieses Jahr in Köln sogar 35% der Stimmen schon vor dem Wahltag  
65 abgegeben.

66

67 Die Briefwahl wird von 42% der Brief-Wähler(innen) als vorgezogene Urnenwahl  
68 durchgeführt, d.h. sie erscheinen selbst bei der Kommune, holen sich ihre Stimmzettel ab  
69 und werfen diese selbst in die Urne. Nur 52% der Briefwahlunterlagen wurden per Post  
70 versendet.

71

72 Das Bundesverfassungsgericht hat die Briefwahl in zwei Urteilen für rechtmäßig erklärt,  
73 weil der mögliche Wegfall des Wahlgeheimnisses durch die größere Allgemeinheit der  
74 Wahl aufgrund höherer Wahlbeteiligung aufgewogen werde.

75 Im US-Bundesstaat Oregon gibt es seit dem Jahr 2000 eine allgemeine Briefwahl und dafür  
76 keine (!) Wahllokale mehr. Trotzdem hat sich die Wahlbeteiligung dort um ca. 10% erhöht,  
77 sie liegt nun 8,5% über dem Schnitt aller US-Bundesstaaten. Seitdem wurden über 15  
78 Millionen Stimmen abgegeben, aber nur 9 Fälle von Wahlbetrug vor Gericht gebracht.  
79 Diverse Schutzmechanismen und Abgabemöglichkeiten für die Wahlscheine sorgen für  
80 maximale Sicherheit.

## 81 3. WEITERE TECHNISCHE ANSÄTZE

82 Sollten die technischen und rechtlichen Hürden, insbesondere die Gefahr der  
83 Wahlmanipulation, zuverlässig beseitigt werden können, wäre zu prüfen, ob auch über das  
84 Internet und per SMS abgestimmt werden darf.

85

86 In der Schweiz ist bereits jetzt E-Voting möglich, im baltischen Staat Estland kann man seit  
87 2008 sogar per SMS abstimmen.

88

## 89 **ANSEHEN DER POLITIK:**

### 90 1. GOOD GOVERNANCE

91 a.) Wir Grüne fordern schon seit jeher **mehr Transparenz**: Die **Offenlegung aller**  
92 **Nebeneinkünfte** inkl. der jeweiligen Arbeit- bzw. Auftraggeber; die Offenlegung von  
93 Kapitalanlagen und Firmenbeteiligungen, sowie der von Ehepartner(inne)n und  
94 eingetragenen Lebenspartner(inne)n. Außer in schriftlich zu begründenden  
95 Ausnahmefällen halten wir außerdem **grundsätzlich öffentliche Ausschusssitzungen** auf  
96 allen politischen Ebenen für angebracht.

97 Denn nichts lässt sich so erfolgreich von Demagogen und Feinden der Demokratie  
98 ausnutzen, wie Geheimniskrämerei. Sie zerstört das Grundvertrauen in unsere  
99 Demokratie.

100

101 b.) Wir wollen **Interessenskonflikte rigoros vermeiden**: Dazu fordern wir ein  
102 weitgehendes Lobbyverbot für vier Jahre nach Ausscheiden aus dem Parlament oder Amt.  
103 Und mindestens ebenso restriktive Regelungen für Mitglieder der Exekutive und  
104 Judikative.

105

106 Die Beschäftigung bei Unternehmen und Organisationen, die zuvor Gegenstand  
107 parlamentarischer Entscheidungen oder von Regierungsbeschlüssen waren und an denen  
108 der/die Abgeordnete bzw. Amtsinhaber in erheblicher Weise beteiligt war, ist für einen  
109 Zeitraum von zwei Jahren nach dem Ausscheiden aus Amt oder Mandat zu unterbinden.

110

111 Wir wollen die Unabhängigkeit von Abgeordneten auch dadurch sicherstellen, dass diese  
112 verpflichtet werden, ihre volle Arbeitskraft einzusetzen, wie es in praktisch jedem  
113 Arbeitsvertrag steht. Dass Abgeordnete dies tun, wenn sie ein Nebeneinkommen haben,  
114 das höher liegt als ihre Abgeordnetenbezüge, halten wir für unwahrscheinlich und nicht im  
115 Interesse der Wähler(innen).

116

117 c.) Wir wollen möglichst **keine Entscheidungen von Politiker(inne)n in eigener Sache**:  
118 Die Abgeordneten-Diäten, -Pensionsansprüche und ähnliche Leistungen sollten  
119 automatisch an die allgemeine Lohn- und Rentenentwicklung in Deutschland angepasst  
120 werden, um eine zunehmende Entkopplung vom Durchschnittsbürger/der  
121 Durchschnittsbürgerin zu vermeiden.

### 122 2. AMTSZEITEN-BEGRENZUNG

123 **Wir wollen weniger Berufspolitiker(innen)** und mehr Menschen mit vielfältiger Lebens-  
124 und Berufserfahrung in den Parlamenten und damit auch unterschiedliche Qualifikationen  
125 und Sichtweisen in der Politik. Wir halten deshalb eine Amtszeitenbegrenzung für sinnvoll.

126 Denn "Machterhalt statt Wählerwillen" ist einer der am häufigsten genannten Gründe für  
127 die Entfremdung vom politischen System. Eine **Begrenzung** der Amtszeiten würde dafür

128 sorgen, dass es weniger Berufspolitiker(innen) gibt, die in ihrem ganzen Leben nichts  
129 anderes gemacht haben und deshalb auch nicht selber Erfahrungen gesammelt haben,  
130 wie sie der Durchschnittswähler/die Durchschnittswählerin erlebt.

131

### 132 3. HÖHERE REPRÄSENTATIVITÄT

133

134 Wir fordern eine erheblich **stärkere Berücksichtigung von qualifizierten**  
135 **Arbeiter(inne)n, Arbeitslosen und Menschen mit niedrigerem Einkommen in unseren**  
136 **Parlamenten. Auch junge Menschen, Frauen, Migrant(inn)en und Konfessionslose**  
137 **haben ein Recht auf angemessenere Repräsentation.**

138

139 Derzeit besteht der Bundestag zu über 90% aus Akademiker(inne)n (!), während es in der  
140 Gesamtbevölkerung nur etwa 16% sind. Auch Beamtinnen und Beamte sowie  
141 Selbständige sind extrem überrepräsentiert im Bundestag. Dadurch entwickelt sich  
142 bewusst oder unbewusst auch die Themenauswahl und Präferenz bei Gesetzen, was  
143 wiederum zu Entfremdungsgefühlen in der Bevölkerung führt.

144 Wir streben eine freiwillige **Selbstverpflichtung aller Parteien** an, um die zuvor  
145 genannten Forderungen zu unterstützen. Begleiten könnte man dies, indem zusätzliche  
146 Angaben auf die Stimmzettel gedruckt werden, wie beispielsweise Alter,  
147 Bildungsabschluss, ausgeübter Beruf, durchschnittliches Einkommen der letzten vier  
148 Jahre, Vermögen etc.

149

150 In diesem Zusammenhang ist auch der **ungerechtfertigte Vorteil von Beamt(inn)en** und  
151 **Angestellten des öffentlichen Dienstes aufzulösen, die jederzeit freigestellt werden**  
152 **können**, wenn sie für ein öffentliches Amt kandidieren (§26 FrUrlV NRW; §29 TV-L). Dies  
153 sollte idealerweise dadurch erfolgen, dass diese Regelung auf Arbeiter(innen) und  
154 Angestellte der Privatwirtschaft ausgeweitet wird und ALG II-Empfänger(innen) für den  
155 Zeitraum von der Pflicht zur Arbeitssuche und Aufnahme einer Beschäftigung befreit  
156 werden.

### 157 4. VERSTÄNDLICHERE KOMMUNIKATION

158 Wir wissen, dass Sprache die Realität formt und entscheidend dafür ist, ob Menschen uns  
159 verstehen und unsere Argumente nachvollziehen können. Wir als Partei müssen lernen,  
160 auch komplexe Zusammenhänge für jede(n) verständlich zu kommunizieren, ohne  
161 Bürokratendeutsch und Fremdwort-Orgien.

162

## 163 **MEHR BILDUNG:**

### 164 1. STÄRKERE POLITISCHE AUFKLÄRUNG AN SCHULEN

165 Wir appellieren an die Bundesländer, den **Politikunterricht früher** beginnen zu lassen  
166 und mit **mehr Stunden** in den Lehrplänen zu verankern. Auch unterrichtsbegleitende  
167 Veranstaltungen, die Verständnis der politischen Abläufe und Strukturen und die  
168 Bereitschaft zu eigenem Engagement fördern, sollten ausgebaut werden. Die schulische  
169 Förderung von Argumentationsfähigkeit und Diskussionskultur ist fächerübergreifend zu  
170 stärken.

171 2. AUßERSCHULISCHE AUFKLÄRUNG

172

173 Die Bundeszentrale für politische Bildung ist so auszustatten, dass sie vor  
174 Bundestagswahlen **flächendeckend zielgruppengerechte Werbung** für die  
175 Wahlteilnahme insbesondere in jugendaffinen Medien (Internet, Kino) durchführen kann.

176

177 2. ARD/ZDF

178 Wir wollen die **öffentlich-rechtlichen Sender dezidiert an ihren Bildungsauftrag**  
179 **erinnern** und in den entsprechenden Aufsichtsgremien darauf hinwirken, dass zu  
180 reichenweitenstarken Sendezeiten mehr unabhängige, aufklärende und hintergründige  
181 Berichterstattung erfolgt. Milliardenbeträge für große Sportevents auszugeben,  
182 gleichzeitig aber nur 1-2 TV-Debatten zur Bundestagswahl auszustrahlen, dann teilweise  
183 auch noch ohne die kleineren Parteien, ist ein absolut unhaltbarer Zustand. Hier muss  
184 erheblich aufgestockt werden!

185 Keinesfalls akzeptabel ist auch die zunehmende Verlagerung des Informationsanteils in  
186 sogenannte Info-Spartensender, sei es im Radio oder Fernsehen.

187

188 Und wenn die Ergebnisse von Landtagswahlen abendfüllend in ARD und ZDF ausgebreitet  
189 werden, würde es Sinn machen, dass die Wähler(innen) schon vorher über die dortigen  
190 Streitthemen informiert würden, z.B. durch eine TV-Debatte (ggf. zeitversetzt später am  
191 Abend) in ARD und ZDF, statt nur im reichweitchenschwächeren 3. Programm.

192 **MEHR DEMOKRATIE WAGEN:**

193 1. DIREKTE DEMOKRATIE ERMÖGLICHEN UND VERWIRKLICHEN

194 Wir Grüne sind die **Partei der Bürger(innen)-Beteiligung**. Deshalb ist es für uns nicht nur  
195 auf kommunaler und Landesebene ein wichtiges Anliegen, demokratische Mitbestimmung  
196 zu stärken, statt diese auf eine Stimmabgabe alle vier Jahre zu beschränken. Wir wollen  
197 den Wähler(inne)n unser Vertrauen aussprechen und sie direkter als bisher  
198 mitentscheiden lassen.

199

200 Wir wollen deshalb in einem ersten Schritt auch **bundesweit Volksentscheide** in zivil-,  
201 verwaltungs-, sozial- und steuerrechtlichen Fragen sowie bei völkerrechtlichen Verträgen  
202 einführen. Insbesondere bei weitgehenden Vertragswerken, wie TTIP und anderen  
203 gravierenden Änderungen unserer finanziellen Grundlagen sowie sozialen  
204 Sicherungssysteme, sollten die Bürger(innen) mitbestimmen können. Hierfür sollten  
205 realistisch erreichbare Hürden bzgl. notwendiger Unterschriften und Beteiligungsquoten  
206 festgelegt werden. Um den unangemessenen Einfluss reicher Einzelpersonen,  
207 Organisationen und Unternehmen zu begrenzen, sind entsprechende Zuwendungslimits  
208 zu setzen und ein Kostenerstattungssystem, angelehnt an die Parteienfinanzierung zu  
209 etablieren.

210 Damit wollen wir den Menschen ein Korrektiv an die Hand geben, wenn die Politik nicht  
211 handelt; den Menschen das Gefühl geben, unmittelbaren Einfluss auf die Geschicke des  
212 Landes zu nehmen und ihnen damit Ohnmachtsgefühle nehmen.

213 Wir sind uns der Problematik bewusst, dass emotionalisierte Themen von Populist(inn)en  
214 ausgenutzt werden könnten und wollen die Einführung von Volksentscheiden deshalb mit  
215 umfassenden Informationspflichten einher gehen lassen. Zudem sollte die rechtliche  
216 Zulässigkeit jedes Volksentscheids im Rahmen einer Vorprüfung durch das  
217 Bundesverfassungsgericht verbindlich geklärt werden.

218

## 219 2. DIE WÄHLERBASIS VERBREITERN

220 Weite Teile der Bevölkerung aber dürfen derzeit nicht wählen, weil sie zu jung sind oder  
221 nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Dadurch verschieben sich politische  
222 Diskussionen und Schwerpunktsetzungen zu Ungunsten der von der Wahl  
223 Ausgeschlossenen.

224

225 a.) Wir Grüne fordern deshalb schon seit längerem eine **Absenkung des aktiven**  
226 **Wahlalters auf 16 Jahre**. Unter Expert(inn)en besteht ein weitgehender Konsens, dass die  
227 emotionale und politische Reife von 16- und 17-Jährigen heutzutage eine frühere  
228 Einräumung des Wahlrechts rechtfertigt.

229 In den Bundesländern Bremen und Brandenburg ist dies bereits umgesetzt, mit durchaus  
230 positiven Ergebnissen. Die Befürchtung, dass in dieser Altersgruppe die Wahlteilnahme  
231 besonders gering ausfallen würde, bestätigte sich nicht. Das in einzelnen Umfragen  
232 aufgetretene Phänomen, dass eine Mehrheit der 16- bis 18-Jährigen gar kein Wahlrecht  
233 will, zeigt sich in jüngeren Umfragen nicht mehr, wäre aber auch kein Argument, dies der  
234 wahlwilligen "Minderheit" vorzuenthalten.

235

236 b.) Wir Grüne wollen auch ein **Stimmrecht auf Landes- und Bundesebene für EU-**  
237 **Ausländer(innen)**, die dauerhaft hier leben und auf ihr Stimmrecht im Herkunftsland  
238 verzichten. Menschen sollten unabhängig von ihrer Herkunft und Nationalität dort über  
239 ihre Lebensverhältnisse mitentscheiden können, wo ihr dauerhafter Lebensmittelpunkt  
240 liegt.

241 Wir nehmen die verfassungsrechtlichen Bedenken in dieser Frage ernst, halten es aber für  
242 den Zusammenhalt unserer de facto multi-kulturellen Gesellschaft für essenziell, keine  
243 Einwohner(innen) zweiter Klasse zu dulden.

244

245 c.) Wir Grüne erkennen an, dass uns die deutsche Geschichte den Wert stabiler politischer  
246 Verhältnisse und Regierungen gelehrt hat. Trotz der Erfahrungen der Weimarer Republik  
247 ist es jedoch nicht akzeptabel, demokratisch oder partizipationsfördernd, dass zuletzt fast  
248 16% der Wähler(innen)-Stimmen aufgrund der 5%-Hürde einfach verfallen sind. Für eine  
249 denkbare Lösung halten wir eine **Absenkung der Sperrklausel auf 3%**. Sollte dies aber  
250 keine Mehrheit finden, könnte stattdessen die vom Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim  
251 ins Gespräch gebrachte **Alternativstimme** den vorgenannten Effekt zumindest mildern.  
252 Danach gäbe es für Parteien und Direktkandidat(inn)en jeweils eine "Erststimme", mit der  
253 die eigentliche Präferenz zum Ausdruck kommt und eine Zweitstimme, die nur dann zum

254 Tragen käme, wenn die Erststimme aufgrund der 5%-Hürdeverfallen wäre.

255

### 256 3. PARLAMENTSRECHTE STÄRKEN

257

258 Wir fordern **weitgehendere Auskunfts- und Rederechte der Opposition** (bzw. des  
259 gesamten Parlaments), damit ein stärkeres Gleichgewicht zwischen Regierung und  
260 Parlament hergestellt wird. Dies muss, wenn es nicht im Belieben der jeweils regierenden  
261 Mehrheit stehen soll, im Grundgesetz verankert werden.

262

263 Das Recht, in periodischen Abständen bestimmte Regierungsmitglieder ins Parlament zu  
264 bestellen (analog zu Großbritannien), sollte ernsthaft geprüft werden.

265 Auch die Öffentlichkeit bzw. interessierte Einzelpersonen sollten erweiterte  
266 Auskunftsrechte erhalten.

267

### 268 4. WAHLSYSTEM OPTIMIEREN

269 Wir wollen ein Wahlsystem, das verständlich, gerecht und demokratisch ist, **ein**  
270 **Wahlsystem, dass den Wähler(inne)n auch mehr Möglichkeiten bietet, Einfluss zu**  
271 **nehmen**. Dazu gibt es verschiedenste Vorschläge:

272 a.) Kumulieren (Mehrere Stimmen auf verschiedene Kandidat(inn)en einer Partei aufteilen  
273 oder auch bündeln, um so die von Parteien festgelegte Listenreihenfolge zu beeinflussen)  
274 ist bereits in 12 Bundesländern möglich.

275

276 b.) Panaschieren (siehe "kumulieren" aber zusätzlich auf verschiedene Parteien/Listen  
277 verteilt)

278 c.) Koalitionsstimme (Präferenz/Zweitpräferenz für Koalitionsoptionen)

279 d.) Keine(r) der Aufgelisteten (Proteststimme die auch gezählt wird, im Gegensatz zur  
280 Wahlenthaltung und ungültigen Stimme; gibt es u.a. im US-Bundesstaat Nevada. Wer das  
281 übrigens für eine Schnapsidee hält, sollte nochmal darüber nachdenken, denn neben  
282 Spanien, Griechenland und der Ukraine benutzt u.a. Indien, die größte Demokratie der  
283 Welt, diese Möglichkeit)

284 Wir Grüne halten in jedem Falle die Optionen a.), b.) und d.) für praktikabel und  
285 zielführend. Wer erst einmal im Wahllokal steht, bleibt dem demokratischen System  
286 verbunden.

287

## 288 **INHALTLICHE ANSÄTZE:**

289

### 290 1. UNGERECHTIGKEIT BEKÄMPFEN

291

292 Wir Grüne treten seit jeher für eine ökologische UND soziale Politik ein. Da sozialer Status,  
293 Einkommen und Schichtzugehörigkeit nach allen wissenschaftlichen Untersuchungen die  
294 mit Abstand wichtigsten Faktoren für die Wahlbeteiligung sind, muss vor allen Dingen hier  
295 angesetzt werden.

296

297 Das beste Rezept für höhere Wahlbeteiligung scheint deshalb zu sein, **Menschen nicht**  
298 **sozial abrutschen zu lassen und ihnen die Angst zu nehmen, dass sie sozial**  
299 **abrutschen könnten**. Da die Schere zwischen Arm und Reich aber immer weiter  
300 auseinanderklafft, die sozialen Sicherungssysteme dank Hartz IV nicht mehr lückenlos  
301 sind und kaum jemand noch glaubt, dass die Rente sicher ist, werden hier massiv Ängste  
302 geweckt. Hoffnung auf Verbesserung besteht oft allenfalls für zukünftige Generationen,  
303 indem diese eine bessere Bildung genießen. Wir müssen aber auch den Menschen hier und  
304 heute Perspektiven und Hoffnung geben, damit diese nicht in eine enttäuschte  
305 Parallelwelt emigrieren.

306 Gerechtigkeit ist aber noch weiter zu fassen: So gab es auch ein starkes Empfinden von  
307 Ungerechtigkeit bei der Bankenrettung ("too big to fail") und bei der Frage des  
308 Steuerabkommens mit der Schweiz, um nur ein paar Beispiele zu nennen.

309

310 Deshalb treten wir für **mehr Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit** ein. Wir  
311 wollen, dass im Steuerrecht das Prinzip der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit stärker  
312 berücksichtigt wird. Wir wollen die sozialen Sicherungssysteme umbauen und stärken, um  
313 jeder/jedem ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

## 314 2. GESETZE UMSETZEN

315 Wir Grüne sind die Partei der Bürgerrechte und des Rechtsstaates. Wenn das Volk aber  
316 zuschauen muss, wie Regierungen (und teils Parlamente) **untätig** bleiben, **obwohl**  
317 **offensichtlich massenhaft Rechtsverstöße** stattfinden, wie gerade im NSA-Skandal, so  
318 **erschüttert dies das Grundvertrauen in unseren Rechtsstaat** und unser  
319 demokratisches System. Aber auch bei anderen Themen wie Steuerhinterziehung und der  
320 für uns besonders sensiblen Frage von Zuwanderung werden von nicht geringen Teilen der  
321 Bevölkerung massive Vollzugsdefizite gesehen.

322 Theoretisch kann schon jetzt jede(r) Bundesbürger(in) Amtsträger(innen) wegen  
323 **Strafvereitelung oder verweigerter Amtshilfe** anzeigen. Jedoch steht die Einleitung  
324 eines Strafverfahrens dann im Belieben der politischen Einflüssen unterliegenden  
325 Staatsanwaltschaften. Fast keine dieser Anzeigen führt deshalb zu einem Prozess. Wir  
326 fordern daher die politische Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften.

327 Deshalb ist auch zu überlegen, die **zivilrechtlichen Klagemöglichkeiten der**  
328 **Bürger(innen) auszuweiten**. Dabei ist die grundsätzliche Arbeitsfähigkeit der Exekutive  
329 jedoch sicherzustellen!

330

331 So beschlossen vom AK Demokratie und Recht.

332 Antragsteller\*innen:

333 Marc Kersten (Sprecher AK Demokratie und Recht)

334 Carolin Ramrath (Sprecherin OV Rodenkirchen)

335 Yves Reich (Sprecher AK Soziales)

- 336 Mario Michalak (Sprecher OV Lindenthal)
- 337 Jiota Alexiou (OV-Sprecherin und BV-Mitglied Kalk)
- 338 Kai Rösen
- 339 Ernst Glier
- 340 Daniela Antons
- 341 Wolfgang Schäfer
- 342 Ronald Dittmark